



Foto: Forster

Gregor Gysi nach seiner Nominierung als Direktkandidat für den Wahlkreis Treptow Köpenick im Gespräch mit den Bezirksvorstandsmitgliedern (v.l.) Sylvia Müller, Uwe Doering und Heike Kappel.

2009 Superwahljahr und Gedenkjahr

Das 20. Jahrhundert wird 2009 in Gedenktagen neu verhandelt. Das Wahljahr könnte ein Aufarbeitungsjahr sein: 1949 wurden die Bundesrepublik und die DDR gegründet. 1989 war die Chance auf ein Ende des Kalten Krieges erwacht. Ich habe wenig Illusionen, dass eine wahrhaftige Aufarbeitung der Geschichte auch die CDU erfasst. Die Traditionslinien der jungen LINKEN werden uns als Wurmfortsatz des Kalten Krieges begegnen.

Die Erinnerungsjunktur könnte auch mit dem 24. Oktober beginnen. Am Schwarzen Donnerstag begann vor 80 Jahren an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise. Wessen Welt ist die Welt? Den Casinopspielern gehört sie jedenfalls nicht. Das kann man im Wahljahr 2009 schon einmal festhalten. 1939 begann Hitlerdeutschland den 2. Weltkrieg. Das vielschichtige politische Fiasko der Weimarer Republik führte nach Auschwitz. Immer weniger Menschen können diesen Kulturbruch erinnern, umso mehr gilt ihnen das Gedenken, um so lauter die Lehre, dass linke Politik in Krisenzeiten kein Selbstläufer ist.

1919 wurden die Mitbegründer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, ermordet. Heute gedenken ihrer Sozialdemokraten, Christen und Linke aus verschiedenen Traditionen auch über Europa hinaus. Die USPD hinterließ Spuren. Die deutsche Sozialdemokratie war bis 1989 immerhin noch als Programmpartei auszumachen.

Ein Fazit für 2009 ist für mich ohne Konkurrenz: Die Unteilbarkeit von bürgerlichen und sozialen Freiheitsrechten ist die Grundlage linker Politik im 21. Jahrhundert.

Lothar Bisky,

Vorsitzender der Partei DIE LINKE

Aufbruch ins Wahljahr

DIE LINKE nominierte ihren Direktkandidaten

„Wir kämpfen für ein besseres Leben. Und das müssen wir auch ausstrahlen. Deshalb lasst uns optimistisch in das Wahlkampfjahr ziehen“. Mit diesen Worten bedankte sich Dr. Gregor Gysi für die Nominierung als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis Treptow-Köpenick durch die Wahlkreisvertreterversammlung DIE LINKE, die am 31. Januar in Rahnsdorf stattfand.

Zuvor hatte Gysi eine Bilanz seiner Arbeit als Abgeordneter im Deutschen Bundestag aber vor allem auch vor Ort im Wahlkreis gegeben. Er berichtete über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger bei den Sprechstunden, die Abendveranstaltungen im Bezirk, aber auch die zahlreichen Besuche bei Unternehmen und Einrichtungen, Projekten, Vereinen und Verbänden im Stadtbezirk.

In der am Nachmittag am selben Ort stattfindenden Hauptversammlung der Bezirksparteiorganisation DIE LINKE gab Bezirksvorsitzender Marko Tesch einen umfassenden Rechenschaftsbericht. In dem im Anschluss diskutierten und beschlossenen Papier zu den Aufgaben der

LINKEN in Treptow-Köpenick wurde betont, dass es angesichts der großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nicht ausreicht, dass die Wählerinnen und Wähler erkennen, dass die Einschätzungen der LINKEN richtig waren, sondern dass man gemeinsam für gesellschaftliche Veränderungen kämpfen müsse. Dazu gehöre sowohl die Arbeit der Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung wie auch die Verteidigung des Direktmandates im Deutschen Bundestag, aber auch die Gestaltung europäischer Politik. Gerade im Zug der sogenannten Europawahl müsse deutlich werden, dass die LINKE für Europa steht und zwar für ein Europa mit sozialen Mindeststandards und demokratischer Beteiligung, für ein Europa der Entwicklungshilfe und der offenen Grenzen, aber gegen ein Europa der Finanzhaie, der militärischen Interventionen und der Waffenexporte.

Bei der anschließenden Wahl des Bezirksvorstandes wurde Marko Tesch als Bezirksvorsitzender bestätigt und Tino Oestreich als stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Karl Forster

IN DIESER AUSGABE

Seite 2: Tabubrüche der NPD-Fraktion

Seite 3: „Es reicht“ über Gewalt gegen Frauen

Seite 5: berlinpass

BVV für Ausnahmen vom Straßenausbaubeitrag

Linke für Verbesserungen im Kita-Bereich



In einem Antrag hatte die Linksfraktion das Bezirksamt aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Bau von Radverkehrsanlagen und Baumaßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs von der Straßenausbaubeitragspflicht ausgenommen werden soll. Es sei erklärte Politik des Landes Berlin, umweltgefährdende Emissionen zu vermindern, erklärte Ernst Welters, Mitglied im Stadtplanungsausschuss. Hierzu gehöre es, Voraussetzungen zur Veränderung von Mobilitätsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. „Dieses Ziel darf

nicht durch den Straßenausbaubeitrag gefährdet werden“, so Welters weiter.

Auch der Stadtplanungsausschuss sah dies mit knapper Mehrheit so. Die SPD lehnte es jedoch ab, Beschlüsse zu fassen, die gegen ein Gesetz der rot-roten Koalition im Land gerichtet seien und warf dies der Linksfraktion im Gegenzug vor. Die CDU hingegen übte sich in Fundamentalopposition. Sie könne sich nicht für eine Abmilderung eines Gesetzes aussprechen, das sie insgesamt ablehne und für „unvergleichbar“ mit von der CDU zu verantwortenden Beitragsgesetzen in anderen Bundesländern halte, so Fraktionschef Christian Schild. Mit den Stimmen der übrigen Parteien wurde der Antrag dennoch beschlossen.

In zwei weiteren Initiativen befasste sich die Linksfraktion mit der Situation der Kindertagesstätten. Die Linke wollte erreichen, dass das Bezirksamt Freien Trägern von Kitas im Bezirk bei der Beschaffung von Fördermitteln aus dem Kon-

junkturprogramm der Bundesregierung etwa zur energetischen Sanierung von Gebäuden behilflich sei. Dies sei überflüssig und schon deshalb unredlich, weil Die Linke Teile des Konjunkturprogramms nicht mittrage, argumentierte die SPD. Der Antrag wurde abgelehnt.

In die Ausschüsse überwiesen dagegen wurde der Vorschlag der Linken, dass sich das Bezirksamt für einen Einstellungskorridor für Erzieherinnen und Erzieher bei den Kita-Eigenbetrieben einsetzen soll. In vielen Ortsteilen können trotz räumlicher Kapazitäten mangels Personal keine Kinder in Kitas aufgenommen werden. Dies stellt berufstätige Eltern oder solche, die Aussicht darauf haben vor erhebliche Probleme. Im Eigenbetrieb Südost laufen Zeitverträge aus. Dies führt dazu, dass Stellen frei werden, ohne neu besetzt werden zu können, da keine ausgebildeten Erzieherinnen und Erzieher auf dem Arbeitsmarkt verfügbar sind. Daher sollten Stellen in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Schon aus Gründen der Fairness gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Personalentwicklung sei dies allerdings geboten.

Philipp Wohlfeil

Tabubrüche und Alltag der NPD-Fraktion

In einem Faltblatt zur Mitte der Wahlperiode informiert die Linksfraktion in aller Kürze, zwar nicht aus neutraler Perspektive, aber doch betont sachlich, über die Aktivitäten der NPD in der Bezirksverordnetenversammlung in Treptow-Köpenick. Sie legt darüber hinaus dar, wie sie selbst und die demokratischen Parteien insgesamt mit der NPD umgehen.

„2006 hat es eine Partei ins Rathaus geschafft, die mal den Wolf im Schafspelz gibt, mal offen menschenverachtend auftritt, diese Partei grenzt sich selbst aus“, so Philipp Wohlfeil, Fraktionschef der Linken in der BVV. Die NPD verfolgt eine Normalisierungsstrategie, die auf eine öffentliche Gewöhnung an rechtsextreme Positionen zielt. Dazu gibt sie sich einerseits als harmlose kommunalpolitische Akteurin, die sich um Toilettenhäuschen und Fußgängerüberwege kümmert. Andererseits unternimmt sie kalkulierte Provokationen und Tabubrüche. Wer sich öffentlich mit der rechtsextremen

| | | | |
|--|----------------|----------------|-----------------------|
| Drucksache der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick VI. Wahlperiode | | | |
| Ursprung: Antrag, NPD | | | |
| Antrag gemäß § 21 (1) b GO | | | |
| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | <i>Sitzung</i> | <i>Beratungsstand</i> |
| 26.04.2007 | BVV | BVV/VI/007 | |
| Betr.: Umbenennung der Stelle der "Ausländerbeauftragte" | | | |

NPD auseinandersetzt, sei es, indem man sich ihren Aufmärschen entgegenstellt oder über sie berichtet, laufe immer Gefahr, sie unfreiwillig aufzuwerten oder Werbung für sie zu machen, so Wohlfeil weiter. Wegschauen, sie totzuschweigen, bedeute aber, der NPD die Deutungshoheit zu überlassen, sie hinzunehmen und den Eindruck zu erwecken, sich mit ihr abgefunden zu haben. Durch Stillhalten werden rechtsextreme Einstellungen nicht zurückgedrängt. Deshalb ist es wichtig, über sie Bescheid zu wissen.

Die Linksfraktion bedankt sich bei der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (mbr), die die Zivilgesellschaft und die Politik seit Jahren in diesen Fragen unterstützt und auch bei der Erstellung dieses Faltblattes behilflich war. Das Faltblatt erhalten Sie in den Geschäftsstellen von Partei und Fraktion oder per Anfrage an: mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de.

IMPRESSUM

Das „blättchen“ wird aus Spenden finanziert.
Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick
V.i.S.d.P.: Karl Forster
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung
Redaktionsschluss: 27. Februar 2009
Ausgabebetrag „blättchen“ 147: 5. März 2009
Termine und Texte für „blättchen 147“ bitte bis zum 23.02.09 an die Redaktion einsenden.

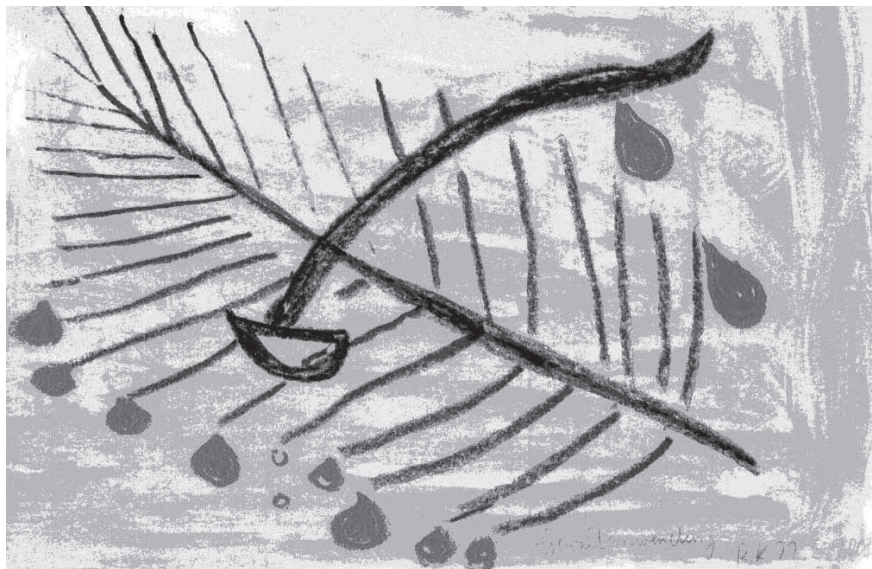


Bild von Roland Kalocay. Kunsttherapie PSV e.V., Treptow

„Es reicht!“ – Über Gewalt gegen Frauen wird geredet

Nachtrag zu einem Fachtag im November

Gewalt gegen Frauen rückt seit vielen Jahren immer mehr in den Blickpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit. Anlässlich des Internationalen Aktionstages zu diesem Thema, der jährlich im November begangen wird, trafen sich Betroffene, Familienangehörige und interessierte Bürger des Bezirks mit Fachleuten aus Medizin, Psychiatrie, Vertretern des Bezirksamtes und von Beratungsstellen am 28. November im Haus der Volkshochschule in Baumschulenweg. Unter dem Motto „Es reicht! Gemeinsame mutige Schritte aus der häuslichen Gewalt“ diskutierten sie Erfahrungen und Möglichkeiten der Hilfeleistung. Mit Ursula Wurm, Psychiatriekoordinatorin in Treptow-Köpenick, sprach Helga Pett für blättchen über die Ergebnisse der Veranstaltung, auf der auch Gregor Gysi zu Gast war.

Gab es einen besonderen Anlass im Bezirk zu dieser Fachtagung?

Ursula Wurm: Das Thema häusliche Gewalt und insbesondere Gewalt gegen Frauen rückte seit Beginn der 90er Jahre immer mehr in den Blickpunkt. Da der 25. November als Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen Aufmerksamkeit verdient, entstand bei der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirks, Frau Hartmann-Kraatz und bei mir die Idee, sich im Bezirk auf einer Fachtagung intensiver damit zu befassen. Bei Bürgermeisterin Gabriele Schöttler und Stadträtin Ines Feierabend fanden wir sofort Unterstützung.

Worauf lag der Schwerpunkt der Tagung?

Wir diskutierten lebhaft auch mit Betroffenen über Ursachen und Formen häuslicher Gewalt und konkrete und oft auch mutige Schritte, dieser körperlichen und seelischen Notlage zu entinnen. Stadträtin Feierabend wies in ihren Ausführun-

gen ganz besonders darauf hin, dass auch individuelle Erfahrungen zum Beispiel gewaltbereiter Männer eine ursächliche Rolle haben. Gewalt wird gelernt, machte sie klar. Wer in der Kindheit Gewalt erlebt hat, wird als Erwachsener dieses Verhalten wahrscheinlich zeigen. Bei dem Programmpunkt „Wege aus der Gewaltbeziehung“ gab es Beispiele aus der Praxis und viele Fragen aus dem Publikum. Besonders eindrucksvoll waren die Ausführungen von Kriminalkommissarin Zilian, die sich in der Polizeidirektion 6 mit dieser Problematik besonders befasst hat.

Gibt es konkrete Angaben über die Häufigkeit häuslicher Gewalt in unserem Bezirk?

Aus der Polizeidirektion wurde bestätigt, dass sich auch in unserem Bezirk die Fälle häufen. Während es 2005 noch 402 Fälle gab, wurden 2007 bereits 607 Fälle registriert.

Betrifft das hauptsächlich Frauen?

Ja, zu 77 Prozent, aber es gibt auch männliche Opfer und natürlich auch Kinder. So berichtete der Leiter des Familienbegegnungszentrums in Altglienicke von den Bemühungen seines Vereins offensiv'91, zukünftig ergänzend auch eine Beratungsstelle für männliche Opfer häuslicher Gewalt zu schaffen.

In welchen Formen äußert sich häusliche Gewalt?

Nicht nur in körperlicher sondern auch als psychische Gewalt. Sie scheint oft weniger bedrohlich. Sie drückt sich zum Beispiel in Beschimpfung, Bevormundung, Demütigung, in Verboten und Kontrolle aus. Sie bewirkt aber besonders bei Frauen neben körperlichen Schmerzen eine Zerstörung des Selbstwertgefühls. Und was besonders kompliziert ist, sie ist von außen schlecht zu erkennen.

Wo finden diese Frauen Hilfe?

Es gibt viele Anlaufstellen in der Not. Der Krisendienst Südost ist telefonisch rund um die Uhr erreichbar und kann auch von 16.00 Uhr bis 24.00 Uhr persönlich aufgesucht werden. In der Polizei gibt es spezifisch geschulte Einsatzkräfte. Und es gibt vor allem Zufluchtswohnungen im Bezirk, in denen Frauen auch mit Kindern Aufnahme finden. Die Sozialarbeiterinnen dort und auch wir kümmern uns, selbstverständlich bei Wahrung der Anonymität, um die ärztliche Versorgung, die psychiatrische Betreuung, eventuelle Umschulung der Kinder. Wir helfen jeder Frau, unabhängig vom Alter, dem familiären und sozialen Hintergrund oder der Konfession. In zwangloser Runde diskutierten betroffene Frauen, Projektvertreterinnen und interessierte Besucher mit Herrn Gysi über ihre Erfahrungen, Schwierigkeiten mit Behörden über Ängste, Zweifel, Lösungsvorschläge. Und Gysi, der aus seiner Praxis als Scheidungsanwalt bereits viel kennt, bot ebenfalls Hilfe an.

Welche Probleme müssten noch besonders beachtet werden?

Viele Betroffene zögern oft, den endgültigen Bruch mit dem Partner zu vollziehen. Da muss ich aus meiner Erfahrung als Psychiatriekoordinatorin sagen, sie haben Angst vor dem Schritt, weil sie nicht wissen, was danach kommt. Ungewissheit und Angst vor der „neuen“ Zukunft ohne die bisherigen Gewalterfahrungen lassen sie lieber „aushalten“ als diesen endgültigen Schritt wagen. Außerdem müssten wir viel mehr gezielte Gewaltpräventionsprogramme anbieten. Diese müssten schon in die schulische Ausbildung einfließen.

Service, Jobs und Center

Vom Umgang mit den unfreiwilligen „Kunden“

© Matthias Balzer / PIXELIO



Kritik an den Zuständen im JobCenter sind nichts Neues. Die Redaktion des blättchen wollte vom sozialpolitischen Sprecher der Linksfraktion in der BVV, Dan Mechtel, wissen, was sich in dieser Sache tut:

Blättchen: Dan, Du hast ja den Arbeitskreis „JobCenter“ in einer unserer letzten Ausgaben schon vorgestellt - was ist denn daran so Besonderes?

Ich glaube, die Zusammensetzung ist in dieser Form einmalig in Berlin, wenn nicht sogar bundesweit: Vertreter der drei größten Fraktionen der BVV sitzen

gemeinsam mit dem Geschäftsführer des „JobCenters“ und unserer Sozialstadträtin an einem Tisch und überlegen, wie auf kurzem Weg möglichst pragmatisch Verbesserungen für die von Hartz-IV Betroffenen in unserem Bezirk erreicht werden können.

Was heißt das konkret?

Wir haben zum Beispiel letztes Jahr eine Umfrage gemacht, in der wir von 78 freien Trägern positive und negative Erfahrungen in drei Jahren „JobCenter“ wissen wollten. Der Hauptkritikpunkt in den Antworten war dabei die mangelnde Erreichbarkeit des „JobCenters“.

Was habt ihr daraufhin getan?

Wir haben vor kurzem das so genannte „ServiceCenter“ besucht, ihr wisst schon, die 0180-er Nummer. Alle Anrufe für alle 12 Berliner „JobCenter“ kommen dort an. Es war erschreckend.

Inwieweit?

Die Selbstzufriedenheit dort war unerträglich. Das liegt vor allem daran, dass

„Kunden“ des „ServiceCenters“ die einzelnen „JobCenter“ sind, die ihrerseits natürlich froh sind, nicht mehr von Anrufen ihrer „Kunden“, also der Hartz-IV-Betroffenen, belästigt zu werden. Wobei, wenn ich das kurz sagen darf, das Wort „Kunde“ in diesem Zusammenhang schon völlig daneben ist, denn welcher Hartz-IV-Bezieher kann sich schon bei Nichtgefallen ein anderes „JobCenter“ suchen?

Und was wollt ihr da nun machen?

In unserer Arbeitsgruppe „Soziales“ der Fraktion überlegen wir, wie man, auch berlinweit, eine Initiative startet, dieses „ServiceCenter“ abzuschaffen. Und darüber hinaus diskutieren wir im Sozialausschuss einen Ausschussantrag mit dem Ziel, eine Bilanzierung von Hartz-IV und der Arbeit des „JobCenters“ im Bezirk vorzunehmen.

Wann kann man da mit Resultaten rechnen?

Ich hoffe, wir werden die Anträge bald beschließen und im Frühjahr wird es dann wieder eine große öffentliche Veranstaltung geben, in der wir die Ergebnisse vorstellen können.

Wir werden den Termin rechtzeitig veröffentlichten und danken für das Gespräch.

„Einsatz war unangemessen“

Protest gegen Einschränkung des Versammlungsrechts

Ungewöhnliche Ereignisse fordern ungewöhnliche Maßnahmen. So kam es als Reaktion auf das Vorgehen der Polizei Anfang Dezember bei einem Protest gegen den Aufmarsch von Rechtsradikalen jetzt zu einem gemeinsamen Brief der Bezirksbürgermeisterin, dem Schulstadtrat Dirk Retzlaff (SPD) und Dr. Hans Erxleben (DIE LINKE). Wir dokumentieren hier das Schreiben des Bündnisses für Demokratie und Toleranz an den Leiter der Direktion 6, Direktor beim Polizeipräsidenten, Prof. Michael Knappe.

Bündnis für Demokratie und Toleranz Trepow-Köpenick

An Polizeidirektion 6

Sehr geehrter DPPr Prof. Knappe! Berlin, Januar 2009

Bei der Auswertung der Geschehnisse um den 6.12. in Lichtenberg gab es den Wunsch zu diesem Schreiben an Sie als Einsatzleiter der Aufzüge an diesem Tag. Die unter Ihrer Verantwortung durchge-

setzte Strategie der Polizei, die Proteste der Zivilgesellschaft gegen den Aufzug der Rechtsextremen nur fernab der Demo-Route zuzulassen und alle anderen Proteste zu behindern hat in der Öffentlichkeit, bei Parteien und in den Medien eine Debatte u.a. über die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes ausgelöst.

Während der Innensator von einem schwierigen, aber angemessenen Einsatz sprach, sehen wir ihn als Beteiligte als in großen Teilen unangemessen.

Während das Demonstrationsrecht des rechtsextremen Aufmarschs durchgesetzt wurde, mussten wir eine massive Einschränkung des Versammlungsrechts der Gegendemonstranten feststellen.

Seit 2003 war es bei den alljährlichen rechten Dezember-Aufmärschen in Trepow-Köpenick und Neukölln immer möglich, in Sicht- und Hörweite an der Aufzugsroute zu protestieren. Dies sollte 2008 erstmals aus nicht nachvollziehbaren Gründen unmöglich gemacht werden. Da wir mit einem neuen Aufmarsch im De-

zember 2009 rechnen müssen fordern wir eine Rückkehr zum „Modell Trepow-Köpenick“ und appellieren an Sie, keine Wiederholung des „Lichtenberger Modells“ zuzulassen. Es müssen Gegenproteste der Zivilgesellschaft in Sicht- und Hörweite an der Demo-Route möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen
Gabriele Schöttler, Bezirksbürgermeisterin, Schirmherrin des Bündnisses
Dirk Retzlaff, Bezirksstadtrat, Geschäftsführer des Bündnisses
Dr. Hans Erxleben, Leiter AG Dezember des Bündnisses

Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter:
Empfänger: DIE LINKE LV Berlin, Konto: 438 481 6800, BLZ: 100 200 00 Berliner Bank AG, Verwendung: 810-502 oder direkt in beiden Geschäftsstellen.

Vielen Dank!

„berlinpass“ – Öffne Dir die Stadt!

Sozial-Senatorin stellt roten Beitrag für eine soziale Stadtpolitik vor

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt. Berlinerrinnen und Berliner sind reich an Lebensformen, Ideen und Überlebensstrategien. Die Hauptstädter sind sich ihrer Probleme bewusst. Viele von ihnen sind arm an Einkommen. Arbeitslosigkeit und finanzielle Sorgen können leicht zur Ausgrenzung und in die soziale Isolation führen. Oft reicht das Geld nicht für Freizeitaktivitäten, Kultur, Bildung und Sport.

Gegen Ausgrenzung und für Integration und Teilhabe an den Angeboten dieser Stadt gibt es ab Januar 2009 den „berlinpass“ des Senats. Mit dem Pass bekommen alle, die Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, vergünstigten Eintritt bei Kultur, Sport und Freizeit. Der Pass im Scheckkartenformat ist wie ein Schlüssel: Er öffnet den Zugang zu zahlreichen öffentlichen sowie privaten Veranstaltungen oder Einrichtungen - kostenfrei oder reduziert.

Sozial-Senatorin Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) stellte ihn im Dezember der Öffentlichkeit vor. Inzwischen ist ein wahrer Ansturm auf den „berlinpass“ zu verzeichnen. Die Einführung des „berlinpasses“ ist ein roter Beitrag für eine soziale Stadtpolitik. Der Pass im Scheckkartenformat ist wie ein Schlüssel - für viele Menschen öffnet er den Zugang zu mehr Teilhabe am Stadtleben Berlins!

Wer bekommt den „berlinpass“?

Alle Personen bekommen den „berlin-

pass“ auf Antrag, die ihren Hauptwohnsitz in Berlin haben und eine der folgenden Leistungen erhalten:

- Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld (Hartz IV) nach dem SGB II
- Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft eines Leistungsempfängers (Familienangehörige).

Wo bekommt man den „berlinpass“?

Bei den Bürgerämtern der Bezirksämter.

Welche Vergünstigungen kann man damit in Anspruch nehmen?

Öffentlicher Nahverkehr: Das Berlin-Ticket S (BVG, S-Bahn, DB Regio)

Viele Einrichtungen bieten für Inhaberin oder Inhaber Ermäßigungen an:

Kultur: 3-Euro-Kulturticket (Theater, Philharmonie, Opernhäuser, Konzerte, Museen, Galerien und Planetarien, Zitadelle Spandau)

Sport: Berliner Bäderbetriebe, Kunsteisbahnen, Freier Eintritt oder Ermäßigung in Sportvereinen

Freizeit: Tierpark Friedrichsfelde, Zoo Berlin, Aquarium, Botanischer Garten und Botanisches Museum, Messen

Welche Ermäßigungen gibt es in unserem Bezirk?

- 1. FC Union: Ermäßigung bei allen

men festgelegt werden, in dem Entwicklungs- und Ansiedlungsgrundsätze nachprüfbar festgelegt sind. Das Konzept liegt bereits im Entwurf vor. Das geht aus der schriftlichen Antwort von Baustadtrat Rainer Hölmer auf eine Kleine Anfrage des Bezirksverordneten Peter Durinke (SPD) hervor. Wesentlich sei dabei der Schutz der Zentren und die Sicherung der räumlichen Grundversorgung der Bevölkerung. Dabei müsse das verfügbare Entwicklungspotential und die Angebotsstruktur im jeweiligen Bereich berücksichtigt werden. Das Konzept werde dann eine bindende Grundlage für Verwaltungsentscheidungen wie Baugenehmigungen und Bbauungsverfahren bilden.



Heimspielen ohne Kontingent.

- Bibliotheken: Kostenloser Leserausweis
 - Bürgerhaus Altglienicke ABZ Ermäßigung auf kulturelle Veranstaltungen z.B. Lesungen, Konzerte usw.
 - Bürgerhaus Grünau, Ermäßigung auf kulturelle Veranstaltungen
 - Deutsches Technikmuseum, Archenthald-Sternwarte ermäßigter Eintritt
 - Internationales Kurzfilmfestival Oberschöneweide: Festivalpass
 - Kulturwerk Schöneweide e.V. „SPREELcART“, ermäßigter Eintritt
 - Kunstfabrik Köpenick GmbH freier Eintritt – Lesecafé erm. Eintritt
 - Familientheater (StadttheaterKöp.)
 - Musikschule Trept.-Köp, Ermäßigung nach sozialen Gesichtspunkten auf Antragstellung
 - SportJugendClub Köpenick in der Regel kostenfrei
 - Grünauer Wassersportmuseum ermäßigter Eintritt für Kinder und Jugendliche
 - Volkshochschule Trept.-Köp. Entgelt ermäßigungen in Höhe von 50 %
- Aber natürlich kann man auch alle Angebote in anderen Stadtbezirken nutzen. Vieles mehr zu den Angeboten in der gesamten Stadt erfährt man unter www.berlin.de/berlinpass

Cabuwazi-Standort Treptow

Der derzeitige Bebauungsplan, der für den heutigen Standort des Kinder- und Jugendzirkus Cabuwazi an der Kieholzstraße 75 ein allgemeines Wohngebiet ausweist, steht der weiteren Existenz des Zirkus an dieser Stelle nicht entgegen, versicherte Bezirksstadtrat Rainer Hölmer. In einem allgemeinen Wohngebiet seien sozial-kulturelle Einrichtungen zulässig. Es sei jedoch nicht auszuschließen, dass der Eigentümer des Grundstückes bei der Realisierung eines Bauvorhabens einen Konflikt in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Kinderzirkus sieht, auch wenn er planungsrechtlich nicht besteht.

Informationen aus dem Bezirksamt

Grünanlage am Bahnhof Schöneweide

Eine Neugestaltung der Grünanlage am S-Bahnhof Schöneweide kann erst vorgenommen werden, wenn die Straßenbahngleise am Vorplatz des Bahnhofs nicht mehr benötigt werden. Das passiere voraussichtlich im Jahr 2010, informierte Bezirksstadtrat Rainer Hölmer.

Planungskonzept für den Einzelhandel

Im Bezirk soll durch ein Zentren- und Einzelhandelskonzept ein verbindlicher Rah-

**Gysi
meint...**



Ethik und Religion kontra Ethik oder Religion

In der letzten Legislaturperiode wurde an Berliner Schulen der Jahrgangsstufen 7 bis 10 das Wahlpflichtfach Ethik eingeführt. Er soll allen Schülerinnen und Schülern ermöglichen, gemeinsam und miteinander über die Grundwerte einer Gesellschaft und über die unterschiedlichen Religionen zu sprechen, gegenseitiges Verständnis und Toleranz für verschiedene Sichtweisen zu erlernen.

Darüber hinaus wird selbstverständlich auch der von Kirchen und Religionsgemeinschaften angebotene freiwillige Religionsunterricht neben dem Wahlpflichtfach Ethik gegeben.

In den nächsten Wochen wird auf Initiative des Vereins „Pro Reli“ ein Volksbegehren stattfinden, bei dem die Berlinerinnen und Berliner darüber abstimmen sollen, das Unterrichtsfach Ethik zugunsten eines Wahlpflichtfaches Ethik oder Religion zu streichen.

„Pro Reli“ betreibt unter dem Motto „Wahlfreiheit“ zwischen Religions- und Ethikunterricht Etikettenschwindel. Beim Fach Ethik werden die unterschiedlichen Kulturen und Religionen zusammen geführt. Bei der angeblichen Wahlfreiheit würden Schülerinnen und Schüler getrennt – die einen nehmen den Religionsunterricht wahr, andere den Ethikunterricht. Ein gemeinsames Lernen in einer multikulturellen Metropole wie Berlin fände, mit allen negativen Folgen, diesbezüglich nicht mehr statt. Daher sollte es bei der geltenden Regelung bleiben: Ethikunterricht verbindlich für alle, Religionsunterricht freiwillig für die, die ihn zusätzlich wollen. In Berlin herrscht bereits Wahlfreiheit, um die es „Pro Reli“ gerade nicht geht.

Bürgersprechstunde

Gregor Gysi

Bürgersprechstunden: **23. Februar** in der Zeit von **13.00 – 17.00 Uhr** **6.01.09** und **24.02.09** jeweils von **13.00 – 18.00 Uhr** Wahlkreisbüro Brückenstraße 28 statt.
Anmeldung bitte unter (030) 63 22 43 57



Foto: Maximilian Nitschke

Platanen in der Puschkinallee retten!

Die Puschkinallee inmitten des Treptower Parks ist mit ihren mehrreihigen Platanen ein immer wieder neuer Anziehungspunkt für Anwohner und Besucher und Teil eines Gartendenkmals von überregionaler Bedeutung.

Was man nicht auf den ersten Blick sieht - die 130jährige Platanenallee ist in die Jahre gekommen, wird von Umwelteinflüssen und Pilzkrankheiten bedroht. Von den 1878 (leider zu dicht) gepflanzten 1000 Platanen stehen noch 60%, viele – vor allem die dem Straßenverkehr zugewandten Innenreihen – befinden sich in einem schlechten, teilweise bedrohlichen Zustand. Die Kosten der Unterhaltung der wunderschönen Baumallee und die Straßeninstandhaltungskosten steigen für den Bezirk enorm. Da muss etwas getan werden und zwar bald.

Das Bezirksamt erarbeitet gegenwärtig Strategien zur Aufrechterhaltung der historisch wertvollen Allee. Auf der Basis eines seit Herbst 2008 vorliegenden Grundsatzgutachtens vom Fachbereich Gartenbau der Technischen Fachhochschule Berlin zum Zustand der Bäume und mögliche Erhaltungsszenarien wird ein Konzept

Bezirksbürgermeisterin: Ausbildungssituation gut

Der Bedarf der bezirklichen Betriebe an Auszubildenden konnte 2008 gedeckt werden. Ende Oktober gab es noch 68 Schulabgänger, die einen Platz suchten, es standen jedoch in der Agentur für Arbeit noch 14 offene Stellen zur Verfügung. Obgleich es in Treptow-Köpenick aus den vorangegangenen Jahren auch noch 63 Schulabgänger ohne Lehrstelle gibt, schätzt Bezirksbürgermeisterin Schöttler auf Anfrage von Petra Reichardt, DIE LINKE die

zur Stabilisierung der den Park prägenden Allee erarbeitet, öffentlich diskutiert und dann in der BVV beschlossen werden.

Pressemeldungen, die eine schon fertige Entscheidung suggerieren („Platanen-Kronen werden gekürzt“) oder von einer vermeintlichen „schnellen Rettung für die Platanen“ sprechen, sind da wenig hilfreich. Wie auf einer ersten Bürgerversammlung Mitte Januar im Rathaus Treptow zu diesem Thema seitens des Amtes für Umwelt und Natur erklärt wurde, soll das „Rettungs“-Konzept bis Ende März vorliegen. Die Frage der Finanzierung wird Bestandteil der Diskussion um den anstehenden Doppelhaushalt 2010/2011 in der BVV sein. Die Erhaltung dieser ehrwürdigen Bäume wird uns also noch eine Weile beschäftigen. Im Interesse unserer Kinder und Enkel sind hier Weitsichtigkeit und Augenmaß gefragt – parteiübergreifend. Auch unsere Nachfahren sollen noch oder wieder den einmaligen Dom-Effekt unter den Blattdächern der starkwüchsigen Platanen genießen können.

Dr. Hans Erxleben, Mitglied der Linksfraktion im Ausschuss für Umwelt, Grünflächen und Immobilienwirtschaft

Situation als allgemein gut ein, da nach Aussagen der Agentur für Arbeit in Berlin und bundesweit ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stünden. So wurden in den letzten acht Jahren 112 Azubis nach ihrer Ausbildung im Bezirksamt übernommen. Darüber hinaus werden im Rahmen einer Ausbildungskooperation zwischen Bezirksamt und Bundeswehr 15 Elektroniker/innen ausgebildet. Außerdem werden 22 Plätze mitfinanziert, die im Verbund der TÜV-Akademie GmbH und dem Verein PRAXIS-NAH angeboten wurden.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Mo 09.02. 17:00 Basistreffen mit Lothar Bisky, Rathaus Treptow

Di 10.02. 18:30 Beratung des Bezirksvorstandes DIE LINKE, Brückenstr. 28

Mi 25.02. 18:00 AG Politische Bildung beim Bezirksvorstand der Linken Treptow-Köpenick lädt zur gemeinsamen Beratung mit den BO/OT-Vertreter/innen in den Allendeweg 1 ein.

Einladung

17. Februar, 19 Uhr Rathaus Treptow Berlin ohne Hauptschule
Veranstaltung der Linksfraktion zur künftigen Schulstruktur

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
E-Mail: pds-koepenick@t-online.de
Öffnungszeiten:

| | |
|------------|-------------------------|
| Montag | nach Vereinbarung, |
| Dienstag | von 10.00 bis 18.00 Uhr |
| Mittwoch | von 13.00 bis 16.00 Uhr |
| Donnerstag | von 10.00 bis 16.00 Uhr |
| Freitag | von 10.00 bis 13.00 Uhr |

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41
Öffnungszeiten:
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Telefon / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de
Sprechstunden jeweils:

| | |
|------------|-------------------------|
| Montag | von 15.00 bis 18.00 Uhr |
| Dienstag | von 12.00 bis 17.00 Uhr |
| Donnerstag | von 15.00 bis 18.00 Uhr |

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin
Tel. (030) 63 22 43 57, Fax (030) 63 22 43 58
Sprechzeiten:

| | |
|----------|-------------------------|
| Montag | von 13.00 bis 16.30 Uhr |
| Mittwoch | von 13.00 bis 16.30 Uhr |

Das Wahlkreisbüro bleibt in der Ferienwoche bis zum 6. Februar geschlossen.

Wir gratulieren

Im Februar zum Geburtstag

- 97. Ludwig Meyer
- 96. Herta Eckardt
- 92. Adolf Gärtner
- 91. Alexander Strachovsky
- 85. Ingeborg Ehrich, Erika Strauch, Ursula Wenzel
- 80. Helga Dragheim, Therese Probst, Ursula Schröder,

- Brigitte Stein,
- Rosa Tietz, Jens-Peter Dierichs, Manfred Engelhardt, Rudolf Zecher
- 75. Hannelore Beil, Gabriele Groß-Nacke, Christa Hanke, Ingrid Semjow, Karl-Heinz Tunger, Dieter Weidlich
- 70. Renate Lindner



Foto: Maximilian Nitschke

Geburtstagswunsch zum 101.: ein Schachpartner

Am 18. Dezember wurde Otto Schubring 101 Jahre alt. Von ganzem Herzen gratuliert ihm der Bezirksvorstand zu diesem Jubiläum, wir wünschen ihm weiterhin beste Gesundheit. Einen wachen Geist muss man ihm nicht erst wünschen, den hat er!

Von den interessanten Erzählungen aus seinem erlebnisreichen Leben war ich bereits im letzten Jahr beeindruckt, als er seinen 100. Geburtstag beging. Genosse

Hilfe für Kuba

Für das von zwei verheerenden Wirbelstürmen betroffene Kuba haben sich viele Mitglieder unserer Partei und Bürger Altglienickes an unserer Spendenaktion 2008 beteiligt. Wir haben fast 1.200 Euro an KAREN und Cuba SI überwiesen. Manfred Buhlke i.A. des Sprecherrates Altglienicke

Spendenbox

Auf dem Gelände des ehemaligen Strandbades Rahnsdorf kann in einer Spendenbox zur Anschaffung von Spielgeräten beigetragen werden. Darüber hinaus wird

Schubring, der zu seinem Geburtstag der LINKEN eine größere Spende zukommen liess, lebt heute im Seniorenheim im Bruno-Bürgel-Weg, nahe bei seiner Familie in Berlin. Vor einigen Jahren war er aus Zwickau zugezogen. Doch in unserem Bezirk hat er bislang kaum Bekannte und so ist es bisher nicht gelungen, ihm einen großen Wunsch zu erfüllen: Er sucht einen Partner für seine Schachleidenschaft. Vielleicht findet sich auf diesem Weg jemand, der nicht nur einen Schachpartner sucht, sondern gleichzeitig vieles aus einem langen politischen Leben erfahren möchte. Wer von uns kann schon auf eine ganze Epoche zurückblicken und außerdem differenziert und anregend darüber diskutieren? Vor knapp zwei Jahren bekam Otto Schubring übrigens Besuch vom CDU-Bürgermeister aus Frankenberg. Dort befand sich das KZ Sachsenburg, dessen vermutlich letzter noch lebender ehemaliger Häftling Otto Schubring ist. Jetzt soll dort endlich eine Gedenkstätte errichtet werden.

Ich hoffe sehr, unser „Blättchen“ kann einen Schachpartner vermitteln. Zum 102. Geburtstag würde ich gerne darüber berichten.

Minka Dott

auf einer Hinweistafel erläutert, warum ein kostenloser Zugang zum Gelände möglich ist.

An der Box, die im Eingangsbereich aufgestellt wird, sollen auch Einzahlungsbelege mit Verwendungszweck registriert werden. Die Anschaffung von Spielgeräten aus Spenden sei grundsätzlich möglich, erklärte Bezirksstadtrat Michael Schneider (DIE LINKE), diese müssten jedoch regelmäßig gewartet werden. Deshalb sei zu erwägen, ob nicht anstelle der in einem BVV-Beschluss geforderten Spielgeräte zum Verleih bereitzustellende Sportgeräte beschafft werden sollten. Das entspreche auch dem Charakter des Geländes.

Vom slawischen Burgwall zur deutschen Stadt

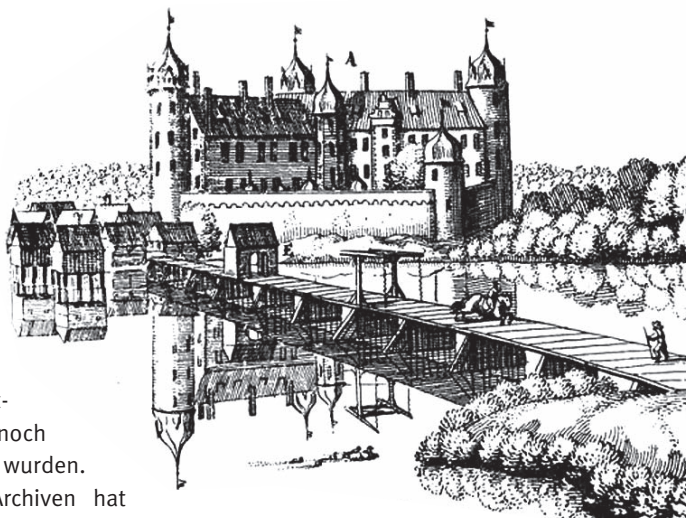


Die 800. Wiederkehr jenes Tages, an dem Köpenick durch seine Erwähnung in einer Urkunde schriftlich in die Geschichte eingeführt wurde – des 10. Februar 1209 – hat auch den Traditionsverein „Hauptmann von Cöpenick“ veranlasst, eine reich illustrierten Broschüre, welche in einem kurzen historischen Abriss auf 130 Seiten viel Wissenswertes über Köpenick vermittelt, zu veröffentlichen.

Der Autor Dr. Kurt Wernicke beschränkt sich nicht allein auf die ältere Geschichte, sondern gibt auch der jüngeren Entwicklung von Köpenick Raum und be-

leuchtet auch die Ereignisse von der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart. Zudem werden neue wissenschaftliche Erkenntnisse vermittelt, welche bisher noch nicht veröffentlicht wurden.

Eine Reihe von Archiven hat kostenlos historisches Bildmaterial zur Verfügung gestellt, welches das Lesen der Broschüre zu einem kurzweiligen Erlebnis werden lässt. Wer die zweisprachige Broschüre (deutsch/englisch) erwerben will, kann sich an den Traditionsverein „Hauptmann von Cöpenick“ e.V. in der



Gaststätte „Zur Tankstelle“ (Oberspreestraße 148) wenden, Tel. 655 96 50. Internet: www.traditionsverein-hauptmann-von-koepenick.de
Viel Spaß beim Lesen.

Ralf Rippel

Rekonstruktion

Im Rahmen des Kunstwettbewerbs „Brüche in Raum und Zeit“ am Gebrüder-Montgolfier-Gymnasium in Johannistal entschied sich eine Jury für die Entwürfe der Künstlerin Pomona Zipser. Die Skulptur und das Relief zum Thema „Fliegen“ im Foyer der Schule und ihr Konzept einer weitestgehenden Rekonstruktion des historischen Wandbildes „Völkerfreundschaft“ von Singer und Moll sind bereits realisiert. Die Einweihung findet am 23. Februar um 15 Uhr statt.

Alternativstandorte für „Vietnamesische Mutter“

Sobald eine barocke Figur für die Schlosseinfahrt in Köpenick bereit steht, wird die Plastik „Vietnamesische Mutter mit Kind“ umgesetzt.

Als Alternativen werden fünf öffentlichkeitswirksame Standorte in Erwägung gezogen: Am Frauentog, im Luisenhain, am Platz des 23. April, im Interkulturellen Garten oder im Friedrichshagener Müggelpark.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Gregor Gysi lädt am **13. Februar 2009** wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Treptow-Köpenick zu einer ganztägigen Informationsfahrt ein. Neben einem Gespräch im Bundesministerium für Gesundheit gibt es auch die Möglichkeit, den Plenarsaal im Bundestag zu besuchen. Anmeldungen bitte unter der Telefonnummer 030 6322 4357.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

Bezirksamt im ARD-Morgenmagazin

Am Montag, dem **16. Februar** sind drei je fünfminütige Live-Schaltungen im ARD-Morgenmagazin aus dem Rathaus Köpenick vorgesehen: voraussichtlich um 6.40, 7.40 und 8.40 Uhr. An den folgenden vier Tagen berichtet das „Moma“ dann aus anderen Ämtern und Behörden in Deutschland

SA 7.02. 10:30 Wiljo Heinen: „Geld – Markt – Illusion“ – eine brandaktuelle Buch-Neuerscheinung, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße

MO 9.02. 15:00 Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV Treptow-Köpenick THEMA: Problembesprechung zu seniorenpolitischen Schwerpunkten im Wahljahr 2009 gemeinsam mit Genossinnen und

Genossen aus Vereinen und Verbänden und Ines Feierabend, Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales, Geschäftsstelle Brückenstr. 28

Gäste bzw. neue Mitstreiter sind jederzeit herzlich willkommen

MO 9.02. 17:00 Europawahl 2009, mit Lothar Bisky, Parteivorsitzender DIE LINKE und Vorsitzender der Europäischen Linken, Rathaus Treptow

DI 10.02. 18:30 „Die DDR zwischen Nostalgie und Totalkritik“, mit Dr. Detlef Nakath (Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam) im Blauen Salon/Bürgerhaus Altglienicke, Ortofst. 182-184

SA 14.02. 19:00 „Vom slawischen Burgwall zur deutschen Stadt - 800 Jahre Köpenick“ Buchlesung mit Dr. Kurt Wernicke Gaststät-

te „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße, Spindlersfeld (siehe Besprechung in dieser Blättchen-Ausgabe)

DI 17.02. 19:00 Berlin ohne Hauptschule - Veranstaltung der Linksfraktion zur künftigen Schulstruktur, Rathaus Treptow

MO 23.2. 18:00 Gregor Gysi vor Ort - Bürgerforum: „Finanz- und Wirtschaftskrise“, im „Ratz-Fatz“, Schnellerstraße 81, Niederschönneweide

SA 07.03. 10:30 Frühschoppen zum Frauentag: „Claras Erben“, ein Buch mit köpenicker Lokalkolorit von und mit Ursula Reinhold, Gaststätte „Zur Tankstelle“

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de